

## Wochenkommentar

### Kampf gegen Agglolac: Eine Allianz ohne Vision



Lino Schaeren  
Stv. Ressortleiter Region

Würde heute in Biel und Nidau über die Überbauung Agglolac abgestimmt, das Grossprojekt würde mit grosser Wahrscheinlichkeit versenkt. Zum einen ist die Angst vor der Dimension des Vorhabens in der 7000 Einwohner zählenden Stadt Nidau spürbar. Mindestens 1500 Zuzüger in einem neuen Quartier stellen eine grosse Herausforderung in mehrfacher Hinsicht dar. Nidau ist zwar Stadt, doch mit der Urbanität können sich viele noch nicht so richtig anfreunden. Andererseits wird in Biel die Finanzierung kritisch beäugt: Wieso sollte der grosse Nachbar, dem das Filetstück hinter dem Strandbad gehört, sein Gelände verkaufen, während die künftigen Bewohner des Quartiers ihre Steuern in Nidau zahlen? Zumal nur ein einmaliger finanzieller Gewinn im einstelligen Millionenbereich winkt. Trotz vieler kritischer Stimmen war der Widerstand in der Politik bislang verhalten. Das ändert sich nun: In Biel und in Nidau haben Parlamentarier denselben Vorstoss eingereicht, mit dem sie fordern, die Städte müssten das Land im Baurecht abgeben und nicht an die private Investorin Mobimo verkaufen. Setzt sich diese Forderung durch, wird das Projekt keineswegs mehrheitsfähiger. Im Gegenteil. Viel mehr erscheint die Bewegung im Parlament als Versuch, zu verzögern und letztlich zu verhindern.

Die Landabgabe im Baurecht ist ein Grundanliegen der Linken. So haben die Grünen in Biel bereits vor sechs Jahren gefordert, das Land hinter dem Strandbad dürfe nicht verkauft werden. Gehört wurden sie nicht. In Biel und in Nidau aber macht sich seit Neustem auch die SVP für eine solche Lösung betreffend Agglolac stark. Eine unheilige Allianz ist entstanden, die auf wackeligen Beinen steht. Wieso aber will sich die SVP überhaupt plötzlich einsetzen für eine Vergabe des Agglolac-Landes im Baurecht? Leander Gabathuler, SVP-Fraktionspräsident im Nidauer Stadtrat, sagte es so: Der parlamentarische Vorstoss sei ein Schuss vor den Bug der Projektgesellschaft, eine Warnung. Die SVP Nidau ist also gar nicht daran interessiert, das Land an Mobimo zu vermieten, sie macht viel mehr dem Ärger Luft, dass ihre Eingaben bei der Mitwirkung nicht wie gewünscht berücksichtigt wurden.

Dieses Vorgehen zeigt das grundlegende Problem auf: Die Kritik am Projekt Agglolac ist heute in der Politik von links bis rechts gross – nur der gemeinsame Nenner fehlt. Oder hat bislang gefehlt, denn mit der Forderung nach der Abgabe im Baurecht wurde nun ein gemeinsames Interesse konstruiert. Spätestens wenn die Option der Landvermietung einmal skizziert ist, dürfte die Allianz aber auseinanderbrechen. Denn verkaufen Biel und Nidau das Land nicht, müssen die Städte Fremdkapital aufnehmen, um die öffentliche Infrastruktur zu erstellen und den öffentlichen Freiraum zu gestalten. Die Kosten werden auf annähernd 100 Millionen Franken geschätzt. Nidau könnte eine solche Investition gar nicht stemmen. Und den Bielerinnen und Bieler dürfte es schwierig zu verkaufen sein, Millionen von Steuergeldern in eine öffentliche Infrastruktur zu investieren, die nicht einmal auf Bieler Boden zu stehen kommt. Hinzu kommt, dass sich bürgerliche Kräfte im Bieler Stadtrat seit Längerem gegen die Verschuldung der Stadt vorgehen wollen. Sie kämen beim Vorhaben, die grossen Investitionen mit Fremdkapital zu tätigen, in arge Erklärungsnot. Und auch die Frage, ob Mobimo Lust hätte, das Projekt mit einer Übernahme des Landes im Baurecht weiter voranzutreiben, ist noch unbeantwortet.

Der politische Vorstoss ist also nicht ein Versuch, das bestehende Projekt zu optimieren. Er stellt einen Versuch dar, die fortgeschrittene Planung auf Feld eins zurückzusetzen und damit das Projekt Agglolac in der Form, wie es heute daherkommt, zu verhindern. Die Allianz allerdings, die hinter dem parlamentarischen Vorstoss steht, hat keine gemeinsame Vision. Denn wie die Nutzung des Geländes nach der Beerdigung von Agglolac aussehen soll, da gehen die Meinungen weit auseinander. Das schwächt die Allianz und macht sie nicht zuletzt wenig glaubwürdig.

E-Mail: lschaeren@bielertagblatt.ch

## Samstagsinterview

# «Illegale Angriffskriege darf man nie führen»

**Daniele Ganser** Seine Kritiker nennen ihn einen Verschwörungstheoretiker oder umstrittenen Publizisten, andere betrachten ihn als Wissenschaftler, der wichtige Wahrheiten ausspricht: Daniele Ganser polarisiert. In seinem neusten Buch prangert er illegale Angriffskriege der Nato an.

Interview: Tobias Graden

**Daniele Ganser, kann man Ihnen gratulieren?**

Daniele Ganser: Wozu?

**Sie sind alleiniger Rekordhalter, was die Zahl der Beanstandungen einer SRF-Sendung betrifft.**

Das habe ich gesehen. Ich finde es gut, dass die Leute sich beschweren, denn die Sendung war unfair und schlecht.

**Ist es für Sie eine Genugtuung zu sehen, dass Ihre Anhänger so breit mobilisiert haben?**

Das sind nicht «Anhänger», sondern es sind Leute, die gesehen haben, dass die Sendung nicht fair war. Man hat ein Mail mit einem positiven und einem negativen Satz von mir genommen, aber einfach einen Satz weggeschnitten.

**Was entgegnen Sie, wenn ich sage, der «Arena»-Skandal sei eine abgekartete Sache gewesen? Sie haben der Sendung etwas Spektakel versprochen, das SRF ist darauf eingestiegen, nützen tut die ganze Aufregung nun vor allem Ihnen.**

So war es nicht. Man hat mir eine faire Sendung versprochen, ich ging in gutem Glauben hin, es ginge um Trump und die Medien. Man hätte mich fragen müssen, ob ich in eine Sendung gehe, in der ich zum Thema gemacht werde.

**Sie sprechen von «Lückenpresse».**

Genau. Diese Arena war «Lückenpresse». **Der Begriff lehnt sich nicht zufällig an jenen der «Lügenpresse» an. Das ist problematisch, gerade wenn Sie für eine ausgewogene Berichterstattung plädieren.**

Der Begriff kommt ja nicht von mir, der zirkuliert schon länger. Ohnehin ist nicht er das Problem, sondern das Phänomen, dass Journalisten wesentliche Elemente weglassen, um eine Story zuzuspitzen, wie es eben in der Arena passierte.

**Der Begriff «Lügenpresse» hat seinen Ursprung im Dritten Reich, er dient zur Diffamierung der Vierten Gewalt. Ein Historiker nimmt nicht eben historische Verantwortung wahr, wenn er diesen Begriff perpetuiert.**

Es braucht die Vierte Gewalt, es braucht gute Journalisten und es gibt sie auch. Doch die Vierte Gewalt ist zum Teil ihrer Aufgabe nicht gerecht geworden, als die USA den Irak unter dem Vorwand der Massenvernichtungswaffen angegriffen haben. **Der Kriegsgrund ist zumindest hierzulande sehr wohl kontrovers diskutiert worden, und in der öffentlichen Meinung wurde die Geschichte mit den Massenvernichtungswaffen nicht geglaubt. Deshalb gab es überall grosse Demonstrationen.**

Es sind aber viele Artikel publiziert worden, in denen es hiess, Saddam Hussein habe diese Waffen. Vor allem in den USA, und in der britischen «Sun» hiess es, Saddam Hussein und Bin Laden arbeiteten zusammen, weil man den Menschen die Verbindung zwischen 9/11 und Irak in den Kopf drücken wollte. Das war aber eine Lüge, daher Lügenpresse.

**Sie kritisieren jedenfalls gerne die «Mainstreammedien», fragen an Vorträgen, wer denn überhaupt noch einen Fernseher besitze. Da erstaunt es, dass Sie darin gleichwohl auftreten, wenn Sie eingeladen werden.**

Ich bin der Meinung, man sollte im Gespräch bleiben. Ich selber habe noch einen Fernseher, aber viele Leute an meinen Vorträgen haben keinen mehr. Und das finde ich eine gute Idee: Dass man sich fragt, was einen interessiert, und dann auf Youtube einen Vortrag dazu schaut. **Befolgte man nur diese Empfehlung, bewegte man sich nur in seiner Filterblase. Dann fehlte die Einordnung, welche die «Mainstream-Medien» leisten, wenn sie professionell arbeiten – der Begriff «Quellenkritik» dürfte Ihnen als Historiker bekannt sein.**

Ja sicher, das ist meine tägliche Arbeit. Beim Youtube-Vortrag von Rainer Mausfeld beispielsweise fehlt diese auch nicht. Er belegt alle seine Aussagen. Aber natürlich ist es wichtig, dass man sich fragt, wem man zuhören soll. Ich sehe meinen Beitrag darin, dass ich sage, man solle etwa Noam Chomsky zuhören, er leistet eine überaus scharfsinnige Analyse.

**Die Medien in Europa nennen Sie schlicht «Nato-Medien». Warum?** Ich sage nicht, alle Medien in Europa seien «Nato-Medien». Aber ich sage: Es gibt Medienprodukte, welche die Nato-Kriege unterstützen, und das verkürze ich dann zu «Nato-Medien». Wer den Angriff von Sarkozy auf Lybien medial unterstützt oder jenen von Tony Blair und George Bush auf den Irak, der unterstützt die Nato. Denn diese Kriege sind gemäss UNO-Charta illegal. Das Völkerrecht besagt, dass kein Land ein anderes angreifen darf, ausser es handle sich um Selbstverteidigung oder es liege ein Mandat des UNO-Sicherheitsrates vor. Obama hatte auch keine Legitimation, Syrien zu bombardieren.

**Wenn man diese Medien «Nato-Medien» nennt – sind dann im Gegenzug andere Medien wie die Publikationen des Kopp-Verlags, das Compact-Magazin oder diverse Online-Medien «Russland-Medien»?**

Man muss jedes Medium einzeln analysieren. Als Russland-Medien würde ich «Russia Today» und «Sputnik» bezeich-



Historiker und Publizist Daniele Ganser: «Es

nen. Sie vertreten die russische Position. **Sie fordern zur «Medienkompetenz» auf – dazu gehört das Wissen um die Hinterleute und Transparenz. Man muss wissen, dass RT Deutsch einzig russischen Interessen dient.** Gewiss. Russland weiss: Es gibt einen Informationskrieg, und BBC und CNN sind darin viel erfolgreicher. RT probiert demgegenüber die Position Moskaus einzubringen. Für uns Schweizer ist das interessant, wir können vergleichen. **Der Unterschied ist, dass die BBC sehr wohl höchste branchenethische Standards anwendet.** Ich weiss, viele Journalisten sind Fan der